

artizipativer Haushalt

Der Begriff beschreibt eine bestimmte Qualität von Haushaltspolitik sowie ein eigenes Verfahren bei der Aufstellung, Durchführung und Abrechnung eines (bisher meist kommunalen) Haushaltes, der dann auch als BürgerInnenhaushalt oder Beteiligungshaushalt bezeichnet wird.

Die Idee eines partizipativen Haushaltes wurde erstmals in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre in eine praktische Alternative zu einer von Klientelismus und Korruption geprägten Kommunalpolitik umgesetzt. Ziel ist eine radikale → Demokratisierung von politischen Entscheidungsprozessen. Partizipativer Haushalt bedeutet die direkte Einflussnahme von BürgerInnen auf die Aufstellung und Durchführung des Haushaltes. Die eigenständige Bewertung seiner Wirkungen durch die BürgerInnen ist Bestandteil des Prozesses. Dies schließt eine umfassende Information (»lesbarer Haushalt«), eine weitestgehende Transparenz in Bezug auf alle mit dem Haushalt verbundenen Entscheidungsprozesse ein. BürgerInnen sollen dabei jedoch nicht das Zahlenwerk des Haushalts problemlos lesen können oder einen eigenen Haushalt nach den Normen des Verwaltungsrechts schreiben. Ausgehend von einer selbstorganisierten Diskussion über das Leben im Stadtteil, in der Kommune oder Region werden in einem solchen Beteiligungsprozess Anforderungen an die Haushaltspolitik formuliert, die durch die Verwaltung in einen Haushalt übersetzt werden und zu denen PolitikerInnen eine Position beziehen müssen. Ein partizipativer Haushalt beruht so auf der Verbindung direktdemokratischer Verfahren mit Formen der repräsentativen → Demokratie.

Der partizipative Haushalt richtet sich ausdrücklich an die »Massen«, d.h. an die Bevölkerung und nicht an die in Parteien, Vereinen oder Initiativen bereits organisierten InteressenvertreterInnen. Daran orientieren sich die Art und Weise seiner Organisation, seine Sprache sowie Orte und Zeiten der Aktivitäten. Als Verfahren soll er der »Weisheit der Massen« Raum zur Entfaltung geben, soll im Prinzip keine Grenzen setzen, keine Richtungen vorherbestimmen. Hierin liegt auch ein wesentlicher Unterschied zu anderen Beteiligungsverfahren, die in der Regel einen begrenzten Gegenstand haben, sich an eine Auswahl von BürgerInnen wenden, von der Verwaltung unmittelbar gesteuert werden und zeitlich begrenzt angelegt sind. Kein anderes Beteiligungsverfahren hat zudem den Haushalt als zentrales Moment politischer Steuerung und Umverteilung zum Gegenstand. Partizipativer Haushalt bedeutet Beteiligung von Politik und Verwaltung an der Lösung der Probleme der EinwohnerInnen, nicht Beteiligung der Einwoh-

nerInnen an der Lösung der Probleme von Politik und Verwaltung! Die zentrale Form des Prozesses ist die EinwohnerInnenversammlung. Sie soll allen EinwohnerInnen zugänglich, das heißt barrierefrei in jeglichem Sinne sein. Entscheidend ist nicht der Status als Wahlberechtigte/r. Auf den Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen werden Vorschläge zur Aufstellung eines Haushaltes vorgebracht und diskutiert, dort informiert die Verwaltung über den Haushalt sowie über die durch die Kommune angebotenen Leistungen und legt gemeinsam mit PolitikerInnen Rechenschaft über die Realisierung von früheren Vorschlägen der EinwohnerInnen ab. Durch Befragungen, Broschüren, Internetportale usw. kann dieser Prozess unterstützt werden. Wichtig ist dabei aber vor allem das Gespräch unter den EinwohnerInnen selbst, in dem gemeinsame Vorstellungen über die Entwicklung des Stadtteils und der Kommune entstehen. So entstehen Listen von Aufgaben, die in den Haushalt aufgenommen werden sollen. Diese Aufgaben werden durch die TeilnehmerInnen in einem Abstimmungsverfahren bewertet. Schließlich wählen die TeilnehmerInnen ihre VertreterInnen, die den Beteiligungsprozess gemeinsam mit den in anderen Stadtteilen gewählten Vertretern leiten, die erforderlichen Konsultationen mit der Verwaltung führen und schließlich eine Prioritätenliste als Votum der EinwohnerInnen der Kommune an das Kommunalparlament übergeben.

Somit bietet sich der partizipative Haushalt als Ort des Lernens, als Ort der Politisierung und Ort der Solidarisierung (→ Solidarität) an. Inwieweit diese Möglichkeiten tatsächlich in politische Wirkungen umschlagen, hängt aber davon ab, wie Mitglieder der verschiedenen Parteien und Organisationen in diesem Rahmen aktiv werden. Mit Verweis darauf, dass die Bertelsmann Stiftung die erste Einrichtung in Deutschland war, die BürgerInnenhaushalte unterstützte, wird das emanzipatorische Potenzial des partizipativen Haushaltes mitunter bestritten – allerdings könnte man dann jegliche politische Aktivität, die auf die Politisierung der breiten nichtorganisierten Massen gerichtet ist, mit den gleichen Argumenten in Frage stellen.

Lutz Brangsch

Zum Weiterlesen

www.partizipativerhaushalt.de

Herzberg, Carsten: Der Bürgerhaushalt – ein Transformationsprojekt der Linken?, in: Utopie kreativ, Heft 193, November 2006.

Leubolt, Bernhard (2006): Staat als Gemeinwesen: Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre, Münster.

Zimmermann, Clovis (2006): Politische Partizipation in Brasilien. Ein Vergleich der Stadtplanungsmodelle von Porto Alegre und Curitiba, Frankfurt/London.